

# Stimmen aus Papua



## Geiselnahme verschärft Spannungen in Papua

Von Alexandro Rangga, SKPKC Franciscan Papua und Hipolitus Wangge, ANU

Es ist fast zehn Monate her, dass die Nationale Befreiungsarmee Westpapas (TPNPB) den neuseeländischen Piloten Philip Mehrrens am 7. Februar 2023 entführt hat. Die indonesische Regierung hat immer noch keine nennenswerten Versuche unternommen, ihn zu befreien.

Im Juli 2023 betonte der indonesische Präsident Joko Widodo, dass er sich für eine Lösung der Geiselnahme durch Verhandlungen und andere ungenannte Mittel einsetzen werde. Die TPNPB hat die Initiativen der Zentralregierung jedoch abgelehnt und würde es nach wie vor vorziehen, eine dritte Partei für die Freilassung einzuschalten. Die Geiselnahme bestätigt nur, dass die staatlich verordnete Autonomie nicht in der Lage ist, für Stabilität in Papua zu sorgen. Die Entführung zeigt die Unwirksamkeit der Aufstandsbekämpfung bei der Sicherung der Hochlandgebiete und das mangelnde Engagement bei der Lösung des längsten politischen Konflikts des Landes.

Im Jahr 2021 verlängerte die indonesische Regierung ein umstrittenes Sonderautonomiegesetz (Otsus) ohne sinnvolle Konsultation. Über 100 Papua-Organisationen lehnten die Fortsetzung der Autonomie ab und forderten Jakarta auf, Otsus zurückzuziehen.

Das Konzept der Autonomie als Heilmittel für Separatismus beruht auf der Gewährung erheblicher Befugnisse, um Konflikte zu verringern und durch eine wirksame Selbstverwaltung für benachteiligte Minderheiten Stabilität zu schaffen und gleichzeitig den Zusammenhalt des Staates aufrechtzuerhalten. Eine solche auf Autonomie basierende Strategie ist in Papua eindeutig gescheitert, wie die höchsten Armutsraten Indonesiens und die anhaltende Gewalt und Unruhen deutlich machen. Das Otsus-Gesetz von 2021 rezentralisiert in der Tat die staatliche Autorität über finanzielle, institutionelle und politische Angelegenheiten in Papua. Das Gesetz zielt auch darauf ab, die Jugend Papuas zu vereinnahmen, damit sie um finanzielle Unterstützung und bürokratische Positionen konkurriert und die politische Mobilisierung aufgibt.

Angesichts dieser Herausforderungen und der sich hinziehenden neuseeländischen Geiselnahme lehnt die Zentralregierung jegliche ausländische Intervention ab und verlässt sich bei der Lösung des Problems hauptsächlich auf einen sicherheitspolitischen Ansatz, der eine begrenzte Kommunikation mit den papuanischen Gemeinschaften beinhaltet. Im Gegensatz zu den bewährten Methoden der Terrorismusbekämpfung, mit denen potenzieller Terrorismus in Indonesien aufgespürt und verhindert werden kann, ist es der vom Militär geführten Aufstandsbekämpfung nicht gelungen, effektiv mit militanten bewaffneten Gruppen in Papua zu kommunizieren und sie zu unterbinden.

Das Militär verliert in einigen Hochlandgebieten, in denen acht bewaffnete Gruppen operieren und eine Reihe von Angriffen auf staatliche Sicherheitskräfte verübt haben, die Kontrolle. Es hat versucht, die Region unter dem Deckmantel der Konfliktbewältigung, des Infrastrukturschutzes und des Grenzschutzes zu sichern. All dies geschah ohne Transparenz und Rechenschaftspflicht bei offiziell erklärten Militäroperationen, die nach indonesischem Recht von den zivilen Behörden überprüft werden müssen.

Das kürzlich unterzeichnete Abkommen über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich zwischen den Vereinigten Staaten und Papua-Neuguinea bietet einen Vorwand für die Entsendung weiterer Truppen und die Einrichtung von Militärposten auf der indonesischen Seite der Grenze. Der neue Oberbefehlshaber der indonesischen Streitkräfte, Agus Subiyanto, versprach, die bewaffneten Gruppen zu zerschlagen und weitere territoriale Kommandos zu errichten sowie vier neue Provinzen in Papua zu schaffen.

Die Hauptakteure des Konflikts haben nach wie vor unterschiedliche Ansichten über dessen Lösung, einschließlich der Geiselnahme. Die TPNPB hat bewiesen, dass sie in der Lage ist, der Zivilbevölkerung und den indonesischen Sicherheitskräften Schaden zuzufügen. Der fehlende organisatorische Zusammenhalt hat jedoch jegliche Fortschritte bei der Suche nach einem vertrauenswürdigen Vermittler verhindert, dem sowohl die Regierung als auch die bewaffnete Gruppe vertrauen können.

Die indonesische Regierung ist nicht in der Lage, diese Zersplitterung auszunutzen - eine Tatsache, die wahrscheinlich nicht zu einer Verringerung der Gewalt in Papua oder zur Freilassung des Piloten beitragen wird. Die Zentralregierung hat es auch versäumt, die sporadischen Angriffe der TPNPB vorherzusehen und darauf zu reagieren. Das Fehlen einer zentralen Behörde, die die relativ unabhängigen bewaffneten Gruppen in Papua kontrolliert, stellt die Zentralregierung vor eine große Herausforderung, da sie mit der Kogeya-Gruppe in Nduga, wo der Pilot gefangen genommen wurde, verhandeln muss, während sie andere Gruppen im Hochland Papuas in Schach halten muss.

Neuseeland, das während des Bougainville-Konflikts an der Konfliktlösung beteiligt war, sieht sich ebenfalls mit begrenzten Möglichkeiten zur Rückkehr seines Bürgers konfrontiert. Aufgrund der Sensibilität des Themas folgt die neuseeländische Botschaft dem Ansatz der indonesischen Regierung, um die Situation zu klären. Die TPNPB-Gruppe hat zwar informelle Gespräche mit der neuseeländischen und der indonesischen Regierung aufgenommen, aber es wurden keine nennenswerten Fortschritte erzielt.

Die TPNPB ist sich darüber im Klaren, dass die Tötung des Piloten negative Auswirkungen auf ihre politischen Bestrebungen und ihr Image haben wird. Gleichzeitig hat die indonesische Regierung

erkennt, dass jede Razzia das Leben des Piloten gefährdet und ihr Ansehen schädigt, wie sich in anderen ungelösten Menschenrechtsfällen in Papua gezeigt hat. Die bewaffnete Gruppe wird den Piloten nur dann freilassen, wenn es zu einer echten Verständigung und zu Zugeständnissen zwischen ihr und der Zentralregierung kommt, wozu auch eine Überprüfung der Sicherheitspolitik in dem Gebiet gehört.

Der Papua-Konflikt hat sich in die Länge gezogen, da sich beide Konfliktparteien weigern, Verhandlungen über die Freilassung des Piloten aufzunehmen und die gewaltsame Eskalation zu verringern. Die organisatorische Zersplitterung innerhalb der politischen Bewegung Papuas und das Festhalten der Zentralregierung an einer harten Linie haben die Möglichkeit eines echten politischen Dialogs zur Lösung des Papua-Konflikts in weite Ferne rücken lassen.

**Wir danken Alexandro Rangga und Hipolitus Wangge für die Genehmigung, ihre Stimme auf Deutsch übersetzen und veröffentlichen zu dürfen. Der Artikel ist erstmalig am 2. Dezember 2023 unter dem Titel „Hostage situation reinforces tensions in Papua“ auf der EastAsiaForum Homepage erschienen: <https://t1p.de/tfk8g>**



Westpapua-Netzwerk  
Rudolfstraße 137  
42285 Wuppertal

Telefon +49 202 89004-170  
Fax +49 202 89004-179

[wpn@westpauanetz.de](mailto:wpn@westpauanetz.de)

[www.westpauanetz.de](http://www.westpauanetz.de)

Dezember 2023